

GREENPEACE

ENERGY

Mein Strom. Mein Gas.
Meine Entscheidung.

Flagge zeigen
gegen Atomkraft.
Keine neuen AKW in Europa.

Kehrt die Atomkraft zurück?

Unser Engagement gegen
neue AKWs in Europa
Frankfurt/Main | Christoph Rasch

no-point.de

GREENPEACE
ENERGY

Hinkley Point C

Vom einstigen
Vorzeigeprojekt zum
politisch umstrittenen
Wackelkandidaten



Bild: Kate Davison / Greenpeace



Bild: EDF

- Das Atomkraftwerk Hinkley Point liegt an der **Südwestküste von England** in der Grafschaft Somerset.
- Zusätzlich zu den **seit 1965 bestehenden Anlagen** Hinkley Point A (stillgelegt) und Hinkley Point B (in Betrieb) sollen mit dem Kraftwerksblock C zwei weitere Reaktoren entstehen.
- **Block C sollte ursprünglich 2017, nach neueren Planungen ab 2023 ans Netz** gehen.



- Geplant sind zwei Druckwasserreaktoren vom Typ EPR mit einer **Leistung von 3,2 Gigawatt**
- **Baukonsortium:** Die französische Firma *Électricité de France* (EDF) und ein chinesischer Partner (*China General Nuclear Power, CGN*)
- Die gesamten **Investitionskosten** des Projekts belaufen auf umgerechnet **etwa 43 Milliarden Euro**.

Bild: EDF

Hinkley Point C



Die Situation vor 2015



- Hinkley Point C ist ein **politisch gewolltes und von der Öffentlichkeit weitgehend akzeptiertes Projekt**. Der konservative Premierminister David Cameron ist ein glühender Befürworter.
- Auf der Baustelle finden längst **erste Vorarbeiten** statt.
- Der verantwortliche EDF-Konzern gibt früh die Devise aus, Atomstrom aus Hinkley Point C werde „**bereits 2017 das Weihnachtsessen für die Briten zubereiten.**“



Die Situation heute

- Der EDF-Konzern musste seine Entscheidung über den Bau **neunmal verschieben**, bis der Verwaltungsrat Ende Juli grünes Licht gab.
- Der Entscheidung gingen **mehrere Rücktritte** innerhalb der Konzernführung voraus – aus Protest vor wirtschaftlichen Risiken.
- Die **Arbeitnehmervertreter im Konzern votierten gegen den Bau** und laufen bis heute Sturm gegen die Entscheidung.
- Wenige Stunden nach der Investitionsentscheidung von EDF **legte die britische Regierung das komplette Projekt auf Eis** und will erst im September entscheiden.
- Banken und Finanzexperten warnen davor, **EDF könnte sich mit dem Projekt finanziell übernehmen**, Ratingagenturen haben die Kreditwürdigkeit des Konzern abgewertet

Die Realisierung von Hinkley Point C steht auf Messers Schneide.

Hinkley Point C



Die Situation heute

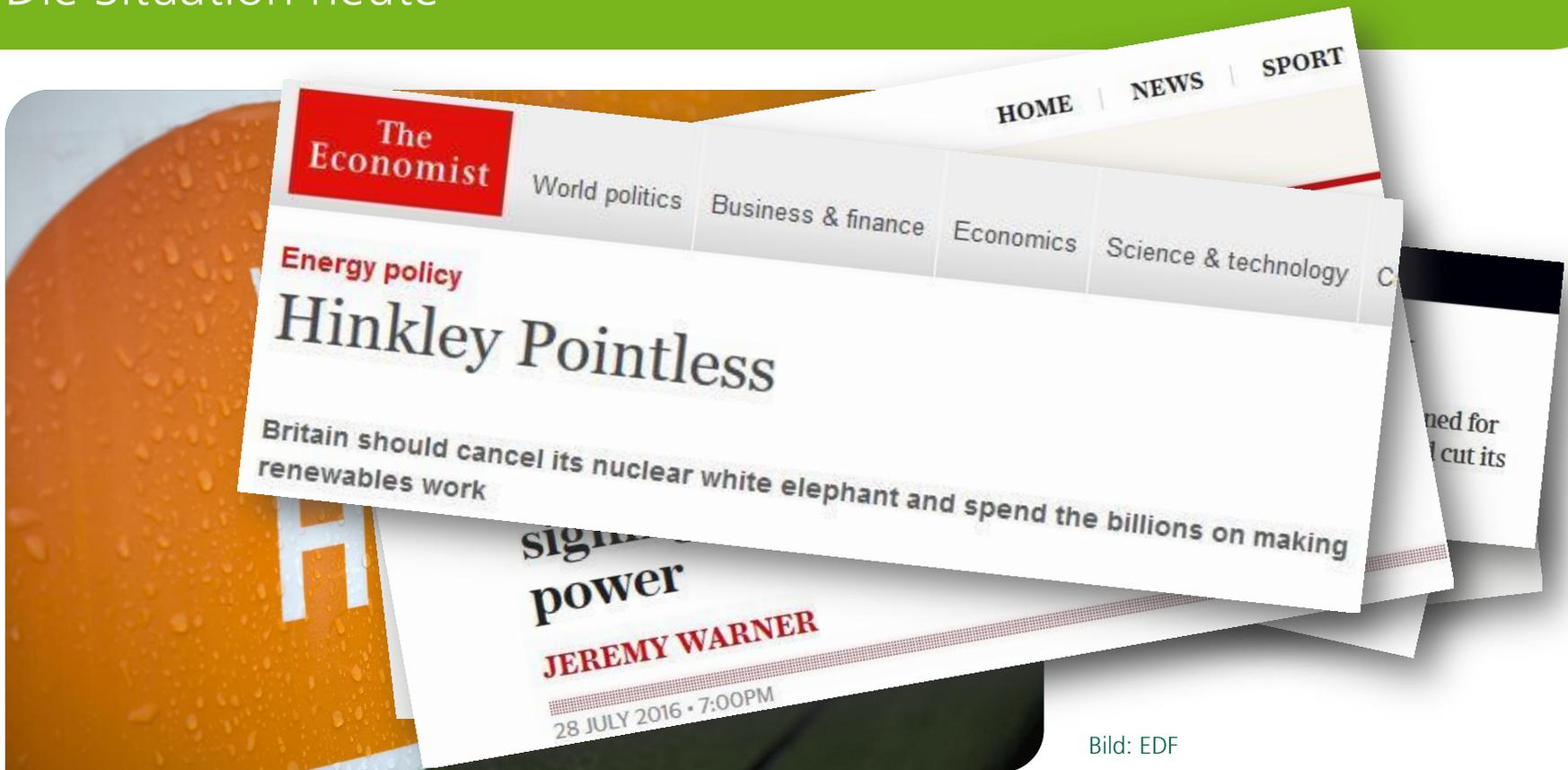


Bild: EDF

Die öffentliche Meinung in Großbritannien ist gekippt.

Die Situation heute

- **Technische Probleme:** Der für Hinkley Point C verwendete Reaktortyp EPR zeigt Sicherheits- und Konstruktionsmängel. Aufsichtsbehörden prüfen. EPR-Projekte in Finnland und Frankreich sprengen Kosten- und Zeitrahmen.
- **Wirtschaftliche Probleme:** EDF ist mit mehr als 50 Milliarden Euro verschuldet und bekommt das nötige Kapital für den Bau bisher nicht zusammen. Der chinesische Partner CGN will sich nur mit 33% beteiligen, andere Co-Investoren fielen aus oder zogen sich zurück.
- **Juristische Probleme:** Ob Hinkley Point C trotz hoher Baukosten wirtschaftlich zu betreiben ist, entscheidet sich daran, ob das geplante Subventionspaket rechtssicher ist – das ist bisher nicht der Fall...
- **Brexit:** Neue, atomkritischere Regierung und kompliziertere Rahmenbedingungen für Investoren und den Betreiberkonzern EDF

Aufgrund mehrfacher Risiken finden sich derzeit keine Investoren.

Unsere Klage

Die drohende
Wettbewerbsverzerrung
durch Hinkley Point C – und
wie wir uns dagegen
gewehrt haben.



Geplante staatliche Subventionen

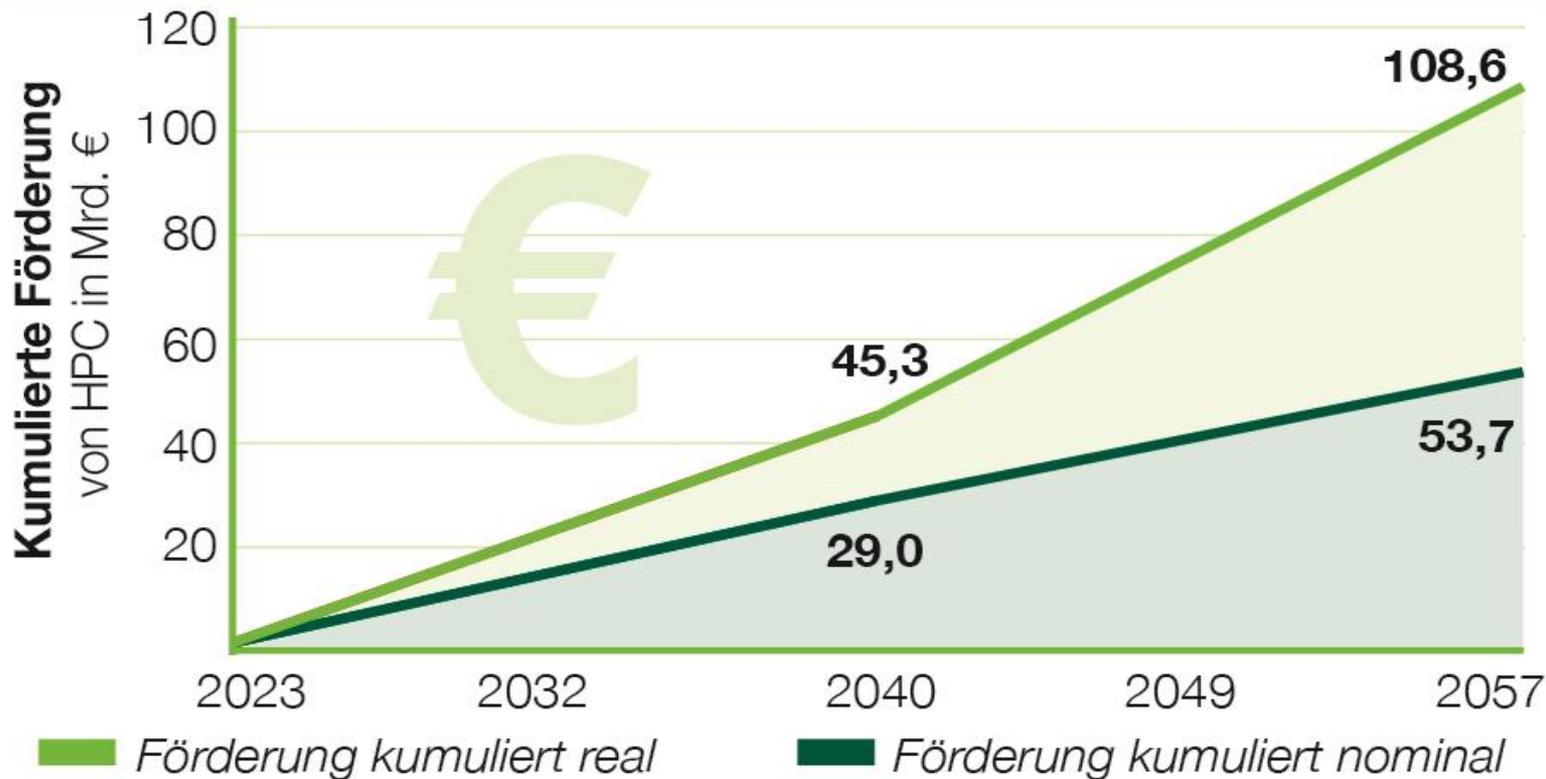
- Die britische Regierung verspricht dem AKW-Betreiber für 35 Jahre eine **Garantievergütung** von umgerechnet 12 Cent pro Kilowattstunde. Dies ist dreimal so viel wie der Marktpreis und deutlich mehr, als die meisten erneuerbaren Energien als Vergütung erhalten.
- Für den Bau von Hinkley Point C stellt der britische Staat zusätzlich Bürgschaften in Höhe von **rund 22 Milliarden Euro** zur Verfügung.
- Großbritannien verspricht den Investoren weitere Garantien gegen politische oder wirtschaftliche Veränderungen, die die Kosten für das Projekt erhöhen könnten.

Das Beihilfepaket ist das teuerste und umfangreichste seiner Art.

Hinkley Point C

Geplante Subventionen

Hinkley Point C erhält jährlich 1,6 Milliarden Euro (2012) staatliche Förderung über 35 Jahre



Hinkley Point C



Folgen für den Europäischen Strommarkt



Folgen für den Europäischen Strommarkt

- Aufgrund der hohen Subventionierung kann Hinkley Point C **unabhängig von der Nachfrage** Strom produzieren, da die staatliche Garantie den Unterschied zum Börsenstrompreis ausgleicht.
- Dies führt zu **dämpfenden Effekten** auf den Großhandelspreis für Strom in Großbritannien.
- Weil die EU-Staaten durch grenzüberschreitende Stromleitungen miteinander verbunden sind, wird günstigerer britischer Strom **über die Grenzen gehandelt** und drückt die Strombörsenpreise in anderen EU-Staaten.
- **Auch in Deutschland hat Hinkley Point C einen preisdämpfenden Effekt – zu Lasten von Ökostromanbietern und Betreibern von Ökostromanlagen.**

Hinkley C führt auch für Greenpeace Energy zu messbaren Einbußen.

Wettbewerbsnachteile für EE-Anlagen-Betreiber

- Erneuerbare-Energien-Anlagen, deren Förderfrist ausgelaufen ist, sind für ihren wirtschaftlichen Betrieb auf die an den **Strommärkten erzielbaren Erlöse** angewiesen.
- Die durch Hinkley Point C bewirkte **Senkung des generellen Marktpreis-Niveaus führt zu geringeren Erlösen** für die EE-Anlagen.



Bild: Sabine Vielmo / Greenpeace Energy eG

Unsere Klage

- **Greenpeace Energy** legt im Juli 2015 zusammen mit neun anderen Unternehmen eine Wettbewerbsklage gegen die Beihilfegenehmigung durch die EU-Kommission ein.
- Die **Republik Österreich** klagt ebenfalls und wird dabei von Luxemburg unterstützt.
- Beide Verfahren liegen seitdem vor dem Luxemburger Gericht (EuGH / EuG).
- Mit einer Entscheidung wird in den nächsten Monaten gerechnet.



Bild: Christoph Eckelt / Greenpeace Energy eG

Solange keine Urteile fallen, hat Hinkley C keine Rechtssicherheit.

„Blaupause“ für weitere AKW-Projekte in der EU



Neue Atomkraftwerke (im Bau)

- Frankreich (Flamanville): 1,5 GW
- Finnland (Olkiluoto): 1,5 GW
- Slowakei (Mochovce): 1 GW

Hinkley Point C



„Blaupause“ für weitere AKW-Projekte in der EU



Neues Beihilfemodell

Hinkley Point C (UK): 3,2 GW

„Blaupause“ für weitere AKW-Projekte in der EU



Weitere Projekte in UK

- Oldbury: 2,6 GW
- Moorside: 3,4 GW
- Sizewell: 3,2 GW
- Wylfa: 2,7 GW

„Blaupause“ für weitere AKW-Projekte in der EU



Potenzielle Folgeprojekte

- Bulgarien (Kozloduy): 1,1 GW
- Finnland (Hanhikivi): 1,2 GW
- Polen (Zarnowiec u.a.): bis zu 6 GW
- Rumänien (Cernavoda): 1,5 GW
- Slowakei (Bohunice): 2,4 GW
- Slowenien (Krsko): 1,1 GW
- Tschechien (Dukovany/Temelin): 6 GW
- **Ungarn (Paks): 2,4 GW**

Hinkley Point C

„Blaupause“ für weitere AKW-Projekte in der EU



EU-weit sind neue AKWs mit einer Gesamtleistung von weit über 30 Gigawatt geplant.

Hinkley Point C

„Blaupause“ für weitere AKW-Projekte in der EU

Hinkley Point C

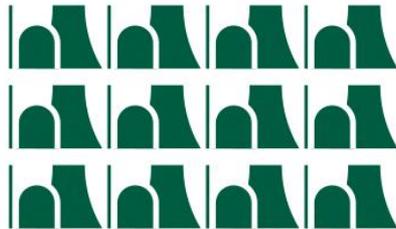


Wirkung auf den deutschen Strommarkt

0,5% (20 Cent/MWh)



AKW-Ausbau EU*



11,8%
(5,70 Euro/MWh)



*Berechnungsgrundlage: Weitere geplante AKW-Projekte in Großbritannien, Polen, Ungarn, der Slowakei, Slowenien und Tschechien.

Quelle: Energy Brainpool 2015

Macht der Brexit unsere Klage nicht überflüssig?

- Unsere Klage richtet sich nicht an die britische Regierung, sondern an die EU-Kommission.
- Sollte das Gericht in unserem Sinne urteilen, wäre die **Kommission verpflichtet, die Genehmigung zu überdenken** bzw. zurückzunehmen.
- Solange Großbritannien **noch Mitglied der EU** ist, ist das Land an die europäische Rechtsprechung und die Entscheidung der EU-Kommission gebunden.
- Großbritannien hat noch keinen Austrittsantrag gestellt. Ein Austrittsverfahren bis zum Abschluss dürfte **Jahre dauern**.



Bild: fotolia

Das Brexit-Referendum hat aktuell keinen Einfluss auf unsere Klage.

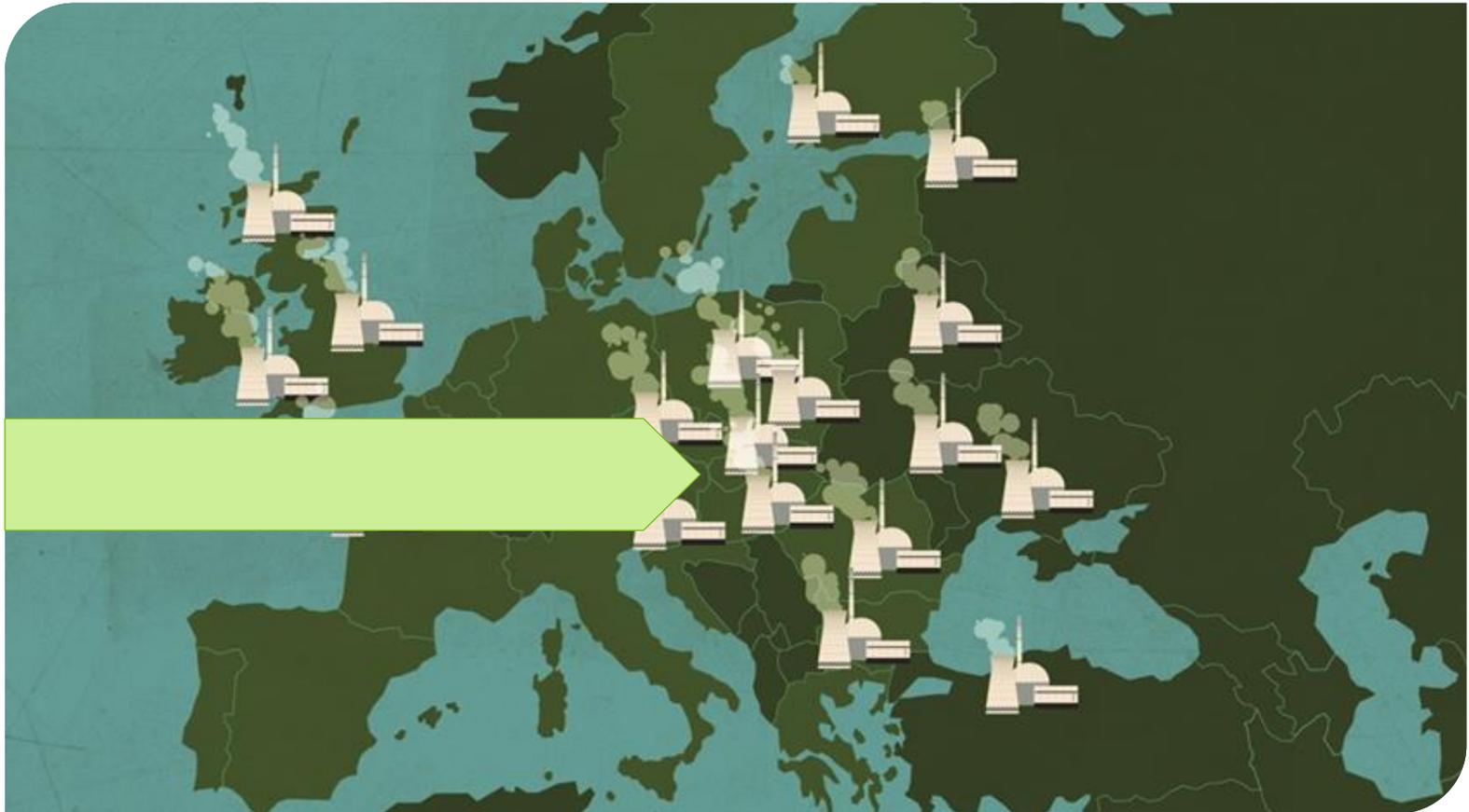
Paks II

In Ungarn soll eine weitere
Blaupause für die
Subventionierung von
Atomkraft entstehen



Bild: Greenpeace

Ungarn und Russland planen Joint-Venture



Rahmendaten

- Der staatliche ungarische Energiekonzern MVM will am Standort Paks, 470 Kilometer von Deutschland entfernt, **zwei russische Druckwasserreaktoren** vom Typ AES 2006 bauen.
- Sie sollen **2025 und 2030** mit einer Gesamtkapazität von 2.400 Megawatt ans Netz gehen.
- Das AKW-Projekt soll rund **12,5 Milliarden Euro** kosten, von denen 10 Milliarden Euro von russischen Kreditgebern und weitere 2,5 Milliarden aus dem ungarischen Haushalt stammen sollen.
- Experten gehen davon aus, dass Paks II deutlich teurer wird.
- Das Verfahren ist äußerst **intransparent**, entscheidende Unterlagen werden unter Verschluss gehalten, insbesondere zu genutzten und den damit verbundenen Kosten.

Neben Hinkley C ist Paks II das konkreteste AKW-Projekt in Europa.

Der Kraftwerksstandort Paks südlich von Budapest



Wirkung auf den deutschen Energiemarkt

- Der ungarische Atomstrom senkt im Beispieljahr **2030 den deutschen Börsenstrompreis je Megawattstunde um rund 70 Cent.**
- Die Beschaffungskosten von Graustromanbietern sinken um etwa 1 Prozent, die von ambitionierten Grünstromanbietern nur um 0,2 bis 0,5 Prozent. **Dadurch entsteht ein klarer Wettbewerbsnachteil von 50 bis 80 %.**
- Durch den Paks-Effekt sinkt auch der Marktwert von Strom aus heimischen Anlagen: So wird eine durchschnittliche Windenergieanlage je Megawatt Leistung im Jahr 2030 **rund 1.700 Euro weniger pro Jahr** Erlösen. Bei einer Biogasanlage sind es sogar mehr als **6.000 Euro** weniger.
- Sinkt der Börsenstrompreis, steigen die EEG-Differenzkosten 2030 um rund 1,6 Prozent. Damit wächst die Belastung für alle Endverbraucher allein in den untersuchten Jahren 2030 und 2040 **um mehr als 200 Millionen Euro.**

Die Effekte durch Paks II sind um ein Vielfaches höher als bei Hinkley C.

Laufendes Beihilfeprüfverfahren der EU

- EU-Kommission hat auf öffentlichen Druck hin **Beihilfeprüfverfahren** gestartet, bemängelt fehlende Ausschreibungen, Intransparent und mögliche Marktverzerrungen.
- GPE hat auch hier eine offizielle **Stellungnahme** eingereicht..
- **Im Frühjahr Anhörung** bei der EU-Kommission in Brüssel.
- **Im Herbst wird Entscheidung der Kommission erwartet.**



Unterstützung durch EU-Kommissar Oettinger?



Oettinger unter Lobbyismus-Verdacht

Schwere Vorwürfe gegen Oettinger

Ist der EU-Digitalkommissar Atomlobbyist für Ungarns Regierung? – Grüne fordern Aufklärung

Ungarn Grüne werfen dem EU-Kommissar ...

wegen wettbewerbsverzerrender Staatsbeihilfe, eines wegen der vermuteten Umgehung der europäischen Regeln für öffentliche Ausschreibungen. Den Vorwurf, dass Oettinger mit Orban erörtert haben soll, wie die Verfahren möglicherweise ein...

... könnten, hat nun die atompolitische Aktion im Bundestag, Sylvia ... dem Brief an Oettinger fordert ... adige Transparenz“. In seiner

Die EU-Kommission will die Atomkraft vorantreiben

- Ein vor einigen Wochen bekannt gewordenes **Strategiepapier der EU-Kommission** beschreibt die gezielte Förderung der Atomkraft innerhalb der Europäischen Union.
- U.a. will die Kommission die **Forschung** stärken – u.a. um die Entwicklung so genannter „**Mini-Reaktoren**“ voranzutreiben.
- Zudem sollen die zwischenstaatlichen **Kooperationen** im Atomsektor intensiviert und bessere **Anreize für Investitionen** in Atomkraft gesetzt werden.



Kampagne(n)

Medien- und Mitmach-Aktionen gegen den Bau neuer Atomkraftwerke in Europa





Bild: Christoph Eckelt / Greenpeace Energy eG

Anti-AKW-Kampagne



Aktivitäten





Bild: Christoph Eckelt / Greenpeace Energy eG

Anti-AKW-Kampagne



Kinofilm



Bilder: Michael Friedrich / Greenpeace Energy eG

Politische Aktivitäten

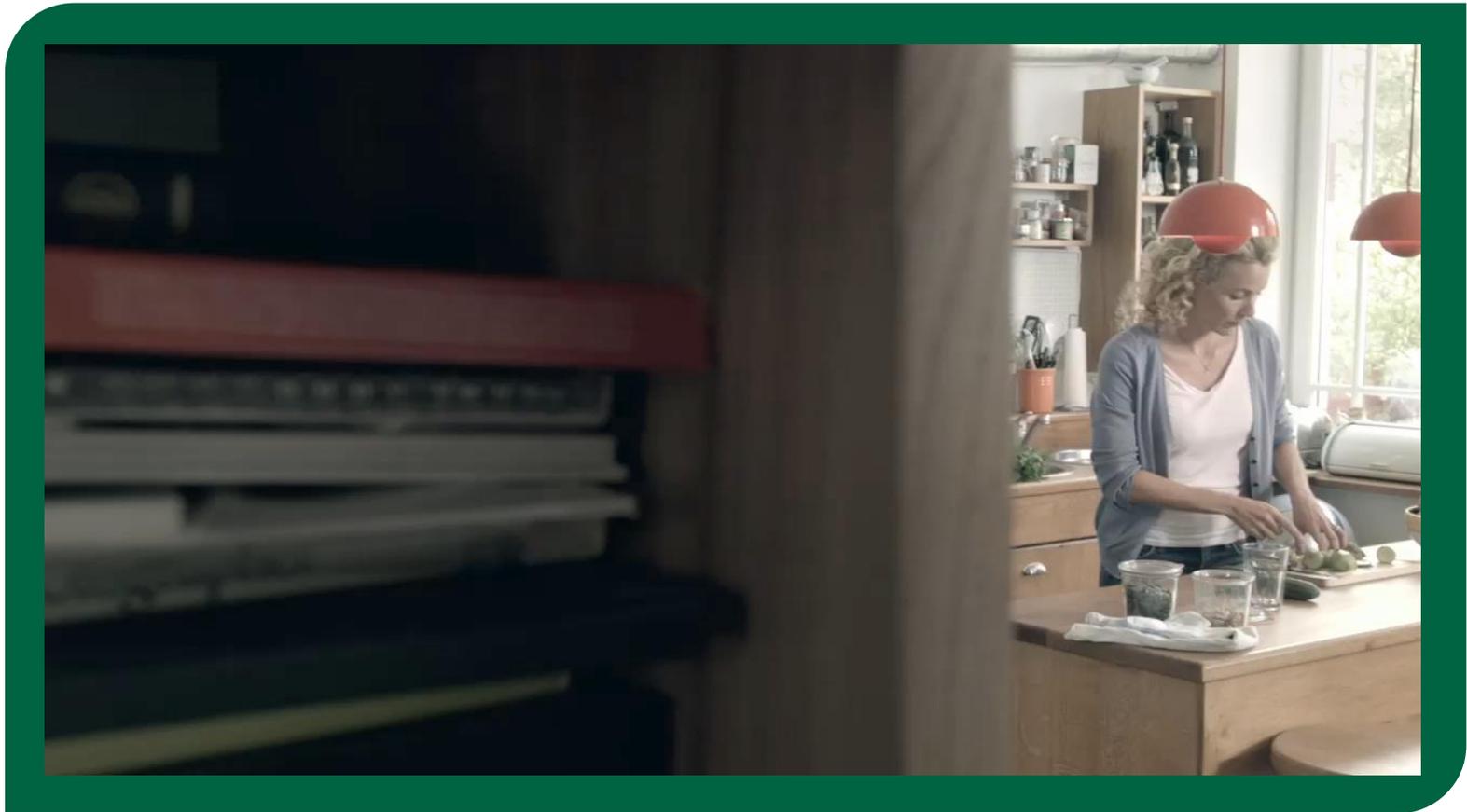
- Greenpeace Energy wurde im Sommer 2015 zu einer **Expertenanhörung** im Deutschen Bundestag geladen und konnte dort seine Kritikpunkte gegen Hinkley C vorstellen.
- Durch unsere politische Arbeit in Berlin gelang es uns, parlamentarische Anträge mit auf den Weg zu bringen, die in einer **Abstimmung im Plenum über eine Klage Deutschlands** gegen die Hinkley-Subventionen mündeten.



Bild: Bundestag / Christoph Rasch

Anti-AKW-Kampagne „There is NO POINT“

Kino-Spot



Zahlreiche Studien zur Atomkraft in Europa



- **Studie zu Kosten und Risiken von Hinkley Point C (Frühjahr 2016):** Kosten wachsen durch nicht eingepreiste Kosten für Sicherheitsmaßnahmen, Unfälle und Atommüllentsorgung um mehrere Milliarden Euro.
- **Kurzanalyse zur Entwicklung der Versorgungssicherheit während des deutschen Atomausstiegs (September 2016):** Stromausfälle und Eingriffe der Netzbetreiber werden trotz AKW-Abschaltungen seltener.

Bilder: Christoph Eckelt / fotolia

Anti-AKW-Kampagne 2016

Medienarbeit



Repräsentative Umfrage

- Befragt wurden 1.005 Bundesbürger zwischen dem 3. und 5. März 2016
- **68 Prozent** der Befragten ist der Meinung, dass die deutsche Bundesregierung auf EU-Staaten wie Polen, Tschechien, Ungarn und die Slowakei einwirken sollte, damit dort keine neuen AKWs gebaut werden.
- Besonders groß ist die Zahl der Befürworter unter den Anhängern der Koalitionsparteien: So fordern von den befragten **CDU/CSU-Wählern 81 Prozent** ein politisches Einwirken der Bundeskanzlerin auf die betreffenden Staaten (**SPD-Wähler: 76 Prozent**)



Bilder: Greenpeace

Anti-AKW-Kampagne 2016 Medienarbeit

Online-Petition (compact)



- Bundesregierung auf bilateraler Ebene auffordern, auf EU-Staaten einzuwirken und vom **Unsinn neuer AKW-Projekte zu überzeugen**
- Stattdessen sollte Deutschland auch in Nachbarstaaten **verstärkt für die Erfolge der Energiewende und für energiepolitische Alternativen werben.**
- Die gemeinsam mit compact zum Fukushima-Jahrestag gestartete **Online-Petition fand mehr als 62.300 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner.**



Anti-AKW-Kampagne 2016 Online-Petition

Übergabe der Unterschriften im Kanzleramt



Bild: Christoph Eckelt / Greenpeace Energy

Anti-AKW-Kampagne 2016

Aktionen



Beispiel Ungarn: Akteure vor Ort unterstützen

- Eine **Studie der ungarischen Grünen** belegt, dass der Bau von Paks II energiepolitisch vermieden und die nukleare Energieversorgung bis 2050 durch Erneuerbare ersetzt werden kann. Die Studie wurde vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie erstellt.
- Auf einer **Konferenz in Budapest** wurde die Studie vorgestellt. Greenpeace Energy hat dort seine Einwände gegen Paks II und die drohende Marktverzerrung vorgestellt, um die lokalen Akteure zu unterstützen.



Bild: Greenpeace / Christoph Rasch

Erfolge

- Unsere Klage schafft einen weiteren **Unsicherheitsfaktor** für Hinkley Point C und für die Investoren das zusätzliche Risiko fehlender Rechtssicherheit.
- Als Kläger sind wir **kompetenter Akteur** im Streit um AKW-Neubauprojekte und werden als wichtiger Ansprechpartner bei Politik und Medien wahrgenommen.
- Mit unserer Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit haben wir dazu beigetragen, das Thema AKW-Neubauten auf die **Agenda der deutschen Medien** zu bringen und Teile der Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren.
- Dank zahlreicher **Studien** haben wir die internationale Debatte um die Unwirtschaftlichkeit von AKW-Neubauten befeuert.
- Mit unserer politischen Arbeit und Petitionen haben wir **Handlungsdruck auf die deutsche Bundesregierung** aufgebaut und die Problematik mehrfach auf die Parlamentarische Ebene gehoben.

Fazit und Aufgaben

- Hinkley Point C zeigt, dass **hohe Kosten und fehlende Rechtssicherheit wichtige Angriffspunkte** neuer AKW-Projekte sind.
- Diskussion um **Sicherheit alter Meiler muss mit Frage um Investitionen in neue AKWs** verknüpft werden
- EU-weite **Netzwerke und lokale Akteure stärken** – vor allem in politisch schwierigem Umfeld.
- Weiter **Druck auf Bundesregierung ausüben**, damit diese in Richtung EU und auf bilateraler Ebene gegen AKW-Neubauten aktiv wird.
- Thematisieren: In der europäischen Energieunion können **geplante AKW-Projekte die Energiewende in Deutschland beschädigen**.

Geplante AKW-Neubauten werden die Debatte um Europas Energiezukunft weiter bestimmen.

Wie geht es weiter?

In den nächsten Wochen wird sich entscheiden...

- ...ob die britische Regierung **grünes Licht für Hinkley Point C** gibt.
- ...ob die **Luxemburger EU-Richter** unserer Klage-Argumentation folgen
- ...ob die EU-Kommission die Subventionen für **Paks II genehmigt**
- ...ob und in welcher Form Greenpeace Energy dann **gegen Paks II vorgehen** wird.



Bilder: Greenpeace, EU-Parlament, Christoph Eckelt

Anti-AKW-Kampagne 2016



Wie geht es weiter?



Bild: EDF

The logo for Greenpeace Energy, featuring the word "GREENPEACE" in a smaller font above the word "ENERGY" in a larger, bold font, both in white on a green background.

GREENPEACE

ENERGY

Mein Strom. Mein Gas.
Meine Entscheidung.

A photograph of a large array of solar panels installed on a dark roof. In the background, the nacelle and tower of a wind turbine are visible against a blue sky with scattered white clouds. A green semi-transparent box is overlaid on the bottom left of the image.

Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit.

Kontakt

Christoph Rasch

Pressesprecher /
Politik und Kommunikation

Greenpeace Energy eG
Hongkongstraße 10
20457 Hamburg

Tel.: 040 / 808 110 – 658

Fax: 040 / 808 110 – 679

christoph.rasch@greenpeace-energy.de

www.greenpeace-energy.de

